



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 6. Oktober 1881.

Nr. 464.

Berlin, 5. Oktober. Bei der heute angefangenen Ziehung der 1. Klasse 165. kgl. preuss. Klassenlotterie fielen:

- 1 Gewinn zu 15,000 Mk. auf Nr. 45645.
- 1 Gewinn zu 9000 Mk. auf Nr. 23155.
- 3 Gewinne zu 3600 Mk. auf Nr. 22764 61359 67600.
- 3 Gewinne zu 1500 Mk. auf Nr. 2890 58253 58644.
- 3 Gewinne zu 300 Mk. auf Nr. 8474 13618 91529.

Deutschland.

Berlin, 5. Oktober. Der Sozialistenkongress, dessen Zusammenritt in Zürich und Wien durch die dortigen kantonalen Behörden verhindert wurde, ist am 2. Oktober Abends in Chur eröffnet worden. Betreten sind:

Deutschland, Ungarn, Russland, Polen, Dänemark, England, Portugal, Italien, Belgien, Holland, Frankreich, Nordamerika, Brasilien. Aus der Schweiz sind, der „N. Z. Ztg.“ zufolge Conzett, Herter und Schwarz für die sozialdemokratische Partei, Vogelzanger für den Grütliverein und Sobert für den Gewerkschaftsbund erschienen, die deutschen Sozialisten haben mit der Genfer Volkspartei Joh. Philipp Becker entsendet. Von den übrigen Ländern sind nur die politischen Parteien vertreten mit Ausnahme Nordamerikas, dessen Gewerkschaften, darunter auch der 15,000 Mann starke Zimmererverband, sich auch noch durch den Sekretär dieses Verbandes Mac Swire aus St. Louis vertreten lassen. Außerdem sind u. A. aus Frankreich Maion (Kommunisten) und Joffrin erschienen; Belgien: J. Vertram aus Brüssel; England: Radlow aus London; Ungarn: Hierenzi aus Budapest.

Conzett eröffnet im Namen des sozialdemokratischen Parteikomitee den Kongress. Er begrüßt die erschienenen Bürger und weist auf die Schwierigkeiten hin, die „in der angeblich freien Republik“ der Abhaltung des Kongresses entgegengekommen wurden, „die aber begreiflich seien, da die Bourgeoisie in der Ausbeutung und Verfolgung international sei.“ Zum Schlusse fordert er die Delegierten auf, sie sollen vor allfälligen Maßregeln keine Bange haben. „So gut als ich weiß, daß die völkerechtlichen Beziehungen und die Pflichten des Asylrechtes von Ihnen respektiert werden, ebenso gewiß kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir unsere Rechte gegen etwaige Eingriffe zu wahren und Sie mit aller Kraft als unsere Gäste zu schützen wissen. Wir haben eine ernste Arbeit, beenden wir sie rasch, ohne große Worte — aber auch ohne Furcht; wir haben uns nicht zu fürchten und nicht zu schämen.“

Die weiteren Verhandlungen waren geschäftlicher Natur: Mandatsprüfung, Bureauwahl etc. Die Tagesordnung wurde wie folgt bekannt gegeben:

I. Die Lage der sozialistischen Partei in den verschiedenen Ländern: Statistik der Arbeitergruppen, die in denselben herrschenden philosophischen, politischen und sozialen Ideen; Folgerungen, die aus dieser Statistik und den vorherrschenden Ideen auf die Zukunft der sozialistischen Bewegung gezogen werden können, besonders unter der Voraussetzung einer allgemeinen Revolution.

II. Die politische und ökonomische Lage des Proletariats in jedem Lande. Die Verfolgungen und Maßregelungen seiner Rechtswidriger. Pflichten und Politik, welche diese Lage und diese Verfolgungen den Sozialisten auferlegen.

III. Ist eine Föderation der sozialistischen Kräfte möglich und auf welcher Grundlage soll sich diese vollziehen? Reglement derselben.

IV. Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms in Betreff der Prinzipien, der Agitation und der Propaganda — alle Detailfragen vorbehalten.

V. Wäre es gut, in jedem Lande ein Bureau für Arbeitnachweis und Unterstützung von Arbeitslosen, gemäßigten Sozialisten etc. zu errichten?

VI. Welches sind die Gesetze, die unverzüglich zu erlassen und zu befestigen wären, sowohl auf ökonomischem wie auf politischem Gebiete, um den Sozialismus zum Durchbruch zu bringen, wenn, auf welche Weise immer, die Sozialisten an's Rad kommen?

VII. Wäre es gut, ein offizielles Central-

gan anzuerkennen oder zu schaffen, in welchem alle sozialistischen Theorien diskutiert werden?

VIII. Abfassung eines Manifestes, das in allen Sprachen unter den Arbeitern verbreitet werden soll, eines Manifestes, welches dem Volke klar und deutlich seine Lage darstellt, ihm sagt, was seine Herren und was die Sozialisten wollen und auf welche Weise es sich aus der modernen Sklaverei befreien kann.

— Die „Prov.-Korr.“ schreibt über das Verhältnis zwischen Fortschrittspartei und Demokratie:

„Die Fortschrittspartei zögert noch immer, die unschuldige Maske ihres Namens abzulegen und sich offen und frei heraus als das zu bekennen, was sie ist, und demgemäß sich auch so zu nennen, nämlich: Demokratische Partei. Freilich fürchtet sie, dadurch im Volk Anstoß zu erregen, weil sie weiß, daß die Demokraten bei demselben schlecht angeschrieben sind; sie hütet sich namentlich deshalb davor, sich demokratisch, wie sie es ist, auch zu nennen, weil ihre Redner und Blätter behufs wirksamer Wahlagitacion heuchlerischer Weise erst kürzlich wieder ihre monarchisch-loyale Gesinnung betont haben. Sie meint wohl, daß das Volk monarchische Fortschrittler noch für möglich halten werde, daß aber der innere Widerspruch in der Bezeichnung monarchischer Demokraten doch zu groß sein werde, als daß nicht Jeder sofort die Unvereinbarkeit dieser Begriffe erkennen sollte.“

„Und doch ist die Fortschrittspartei in ihren hauptsächlichsten Grundfragen vollständig demokratisch. In dem Wahlausruf der „Deutschen Volkspartei“, welche vornehmlich in Süddeutschland, wenn auch nur schwache Vertretung hat, ist das Wesen der Demokratie in Folgendem gekennzeichnet: sie erkennt allein den Volkswillen als maßgebend an, sie verlangt, daß regiert werde nach dem Willen der Mehrheit, nicht nach dem Willen eines Einzelnen. Also mindestens die Mehrheits-herrschaft, das sogenannte parlamentarische Regiment ist hier offen anerkannt.“

„Diese Grundfragen werden in Wahrheit auch von der Fortschrittspartei vertreten, hochgehalten und verfolgt. Ein fortschrittliches Blatt in Berlin hat den Wahlausruf der „Deutschen Volkspartei“ an hervorragender Stelle seinen Lesern mitgeteilt, ohne zu bemerken, daß seine Grundfragen fortschrittlich und nicht demokratisch seien. Tugend ein Meinungsaustrausch oder Streit über das Recht, jene Grundfrage fortschrittlich oder demokratisch zu nennen, hat noch nicht stattgefunden. Die Fortschrittmänner werden sich auch hüten, die Komödie so weit zu treiben; sie wissen ganz gut, daß eben — fortschrittlich und demokratisch im Grunde gleichbedeutend ist. Deshalb giebt denn aber die Fortschrittspartei ihren täuschenden Namen nicht auf? Warum verlaßt sie ihn, zumal sie jeden wirklichen Fortschritt seit Jahren an ihrem Theil zu verhindern gesucht hat, nicht gegen denjenigen Namen, welcher ihre Gesinnung auch wirklich ausdrückt und Jedermann verständlich macht? Die Fortschrittler sind die alten Demokraten, die schon einmal, so viel an ihnen war, „Alles ruinirt“, — so mögen sie auch den Muth haben, sich dazu zu bekennen.“

— Der „Voss. Ztg.“ wird aus Kiel, 3. Oktober, geschrieben:

Nachdem Graf Moltke und der große Generalstab eine volle Woche hindurch das Kieler Festungsbatterain beschäftigt, ist jetzt die definitive Feststellung des Placements erfolgt. Rotze Fähnlein auf den dominirenden Höhen rings um die Stadt bezeichnen die Stellen, auf welchen die Forts errichtet werden sollen, um das „Neß der Marine“ zu schützen, wie Moltke hier sagte. Nach den Markierungen scheint der Bau von elf größeren Werken beabsichtigt zu werden. Sie werden in einem weiten Bogen die ganze Stadt umspannen und die Peripherie der städtischen Umgebung vollkommen beschließen. Die stark zu armirenden Werke werden so weit auseinandergelegt, daß sie in keiner Weise den Verkehr und die Entwicklung der Stadt hindern werden. Diese wird vielmehr durch die neuen Anlagen ohne Zweifel nur gewinnen. Es heißt, daß die Friedensbesatzung der Kieler Forts ca. 4000 Mann betragen werde. Der Bau der neuen Werke wird mit höchster Wahrscheinlichkeit im nächsten Frühjahr beginnen, im Großen und Ganzen sind alle Pläne fertig, es handelt sich nur noch um die Spezialausführung,

die seit kurzer Zeit in Angriff genommen ist. An der Spitze der Kieler Fortifikation steht Major von Gros.

Auch mit der Frage, welche Linie des Nord-Ostsee-Kanals in Beziehung auf die fortifikatorischen Zwecke der beste sei, hat sich der große Generalstab beschäftigt. Die „Voss. Ztg.“ schreibt darüber: Bei der Generalstabsreise nach Kiel ist diese Frage entschieden worden. Entweder war das Unternehmen ein für alle Mal abzuweisen, oder es bedurfte hier einer bestimmten Einfügung in jene Pläne — mochte damit zunächst auch die Ausführung unmittelfach noch nicht dekretirt sein. In Uebereinstimmung mit dem, was Graf Moltke in jüngster Zeit wiederholt über den Werth des Nord-Ostsee-Kanals ausgesprochen, haben die neuesten Untersuchungen der Anlage an sich in jeder Weise das Wort geredet. Nach Erlebigung der Hauptfrage galt es dann, den Punkt zu bestimmen, der die östliche Ausmündung des Wasserweges bilden sollte. Die Studien knüpften bei den früheren Vorarbeiten und besonders bei den neuesten Projekten, demjenigen des Herrn H. Dahlström in Hamburg und des Dr. jur. H. Bartling in London, an. Danach will letzterer die Ausmündung in den innersten Theil des Binnenhafens, also gewissermaßen in die Stadt hinein verlegen, während ersterer das Bett des alten Eiderkanals benützt und somit bei Knoop-Holtenau, außerhalb des Binnenhafens, kurz vor Friedrichsort, in die Kieler Förde hinausgeht. Die höchst schwierige Frage ist im Sinn der Dahlströmschen Trasse endgültig entschieden worden. Der Nordostsee-Kanal ist also eine beschlossene Thatsache und soll den Kieler Hafen mit der Elbe verbinden. In dem an das Kriegsministerium abgesandten Bericht wird jedoch nicht allein der Kanalbau bestritten, sondern auch die Beschleunigung des Werkes empfohlen. Es soll wahrscheinlich die Dahlströmsche mit der Bartlingschen Linie kombiniert werden, und zwar in der Weise, daß der Kanal in dem Gützkänder Hafen seinen Anfang nimmt und kurz vor Friedrichsort in den Kieler Hafen mündet, also einen Theil des Eiderkanals benützt. Dadurch wird sowohl für die fortifikatorischen Zwecke gesorgt, als auch die Anlage wesentlich billiger gestaltet.“

Herr Julius Ruppel veröffentlicht folgende Bekannmachung: „Meinen verehrten Freunden und Anhängern gelte ich hiermit an, daß ich im Einverständnis mit meinem Komitee von der Kandidatur für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis, um die Zersplitterung der konservativ-antifemistischen Stimmen bei der Wahl zu verhüten, zurückgetreten bin. Mein Komitee und ich werden selbstredend auch ferner gegen Fortschritt und Sozialdemokratie wacker kämpfen, um so unserer heiligen nationalen Bewegung zu unserem Theile zum Siege zu verhelfen. Indem ich hiermit für das mir geschenkte Wohlwollen und Vertrauen herzlich danke, bitte ich meine Freunde und Anhänger nimmehr meinem Beispiele zu folgen und am 27. Oktober aus Partei-Disziplin mit den Konservativen zu stimmen. Julius Ruppel.“

Ein Prozeß gegen die „Vossische“ und die „National-Zeitung“ wegen des Berichtes der am 17. Dezember v. J. stattgehabten Reichshallen-Verammlung gelangte heute vor der dritten Strafammer hiesigen Landgerichts I. zur Verhandlung. Angeklagt sind 1) Redakteur Friedrich Wilhelm Albert Stephany, 2) der Reporter Germanus Friedrich Dölar Thiele und 3) der Redakteur Friedrich Dernburg. Inkriminirt sind die erwähnten Berichte in Nr. 351 der „Vossischen Zeitung“ vom 18. Dezember v. J. und in Nr. 594 der „National-Zeitung“ vom selbigen Tage. Die bekannte Volksversammlung der Christlich-Sozialen am Tage vorher wird darin als eine Schlächt gegen die Juden bezeichnet, bei welcher ein wüthendes Geschrei stattfand und alle fünf Minuten ein Jude zur Thür hinausfloß. Den Vortrag in derselben hat der bekannte Agitator Henrich über die Judenfrage gehalten. Nachdem die Schilderung der wahrhaft ungeschicklichen Scenen beendet, heißt es zum Schluß des Berichtes: „Die Polizei im Innern trat bei keiner Gelegenheit in Aktion, aber desto mehr die draußen am Dönhofsplatz wegen der sich „bis auf die Strafe fortspinnenden blutigen Feiern“. Nach der Anlage stellt dieser Bericht wahrheitswidrig den Hergang dieser Volksversammlung so dar, daß der überwachende Polizei-Offizier sie pflichtgemäß unbedingt hätte auflösen müssen,

und enthält, da die Auflösung nicht erfolgt ist, für den überwachenden Major Lieutenant Leisterer den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit. Ferner ist inkriminirt der diesen Gegenstand behandelnde Leitartikel der „Vossischen Zeitung“, in welchem dieser Vorwurf noch scharfer präzisirt worden ist. Auf den von dem Polizei-Präsidenten gestellten Strafantag sind die drei Angeklagten der Beleidigung des Polizei-Lieutenant Leisterer beschuldigt. Die Angeklagten nehmen für die inkriminirten Artikel die volle Verantwortlichkeit auf sich, Thiele als Verfasser des Berichtes, die beiden Redakteure als solche, welche den Bericht resp. den Leitartikel mit voller Kenntnis des Inhalts veröffentlicht haben. Dem Angeklagten Stephany steht als Bertheidiger Justizrath Wegener, Thiele der Rechtsanwalt Dr. Sello, welcher wegen dieser Bertheidigung dem Rufe in seinen Anhaltinischen Wahlkreis heute nicht Folge leisten konnte, und dem Angeklagten Dernburg Justizrath Dr. Horwich zur Seite. Den Vorsitz führt Landgerichtsrath Seyffert, die öffentliche Anklage vertritt Staatsanwalt Eppert. Von den geladenen 40 Zeugen waren viele nicht erschienen, Einige nicht ermittelt. Nachdem der Eröffnungsbeschluss und die inkriminirten Artikel verlesen worden, wurde zur Vernehmung der Zeugen geschritten. Vorher versicherte der Angeklagte Thiele, daß der Bericht in der „Nat.-Ztg.“ nicht von ihm herrühre, und dennoch bezeichnet ihn die Anklage als nahezu gleichbedeutend. Er habe nur den gewonnenen Eindruck wahrheitsgetreu geschildert, und er habe hervor, 1. v. d. Polizei-Lieutenant diese ... gesehen haben müsse. Derselbe habe sich ja mit den Vorstandsmitgliedern in sehr cordialer Weise unterhalten und zu den einzelnen Szenen gelacht. Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ deren Redakteur ebenfalls der Versammlung beigewohnt hat, habe einen viel schärferen Bericht über dieselbe mit einer sehr scharfen Einleitung veröffentlicht. Dernburg und Stephany deponirten, daß ihnen viele gleichlautende Berichte über diese Versammlung zugegangen waren. Sie hätten sich aber damit noch nicht begnügt, und weitere Erundigungen über den Verlauf der Versammlung eingezogen. Ueberall erhielten sie die gleichen Mittheilungen, weshalb sie die Artikel mit vollem Bewußtsein aufnahmen. Nachdem die sehr umfangreiche Zeugenernehmung beendet, ließ der Staatsanwalt die Anklage gegen die „Nat.-Ztg.“ fallen, hält aber die gegen die „Voss. Ztg.“ aufrecht, und das Urtheil des Gerichtshofes lautet bezüglich des Chefredakteurs Dernburg und Schriftstellers Thiele auf Freisprechung, da der Beweis der Wahrheit erbracht ist, Chefredakteur Stephany wurde wegen Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Ausland.

Paris, 4. Oktober. Die Regierung ist mit Rücksicht auf die neuesten revolutionären Meetings entschlossen, gegen eventuelle Umzüge oder Versammlungen unter freiem Himmel streng vorzugehen.

Rom, 30. September. Ein Wiener Telegramm des „Dritto“ bringt die Nachricht, daß, wenn König Humbert den Besuch in Wien machen sollte, dies auf eine Einladung von Wien selbst erfolgen würde. Die Nachricht ist ebenso überraschend als unklar, da sich aus ihrer Fassung nicht errathen läßt, ob es sich um eine bloße Hypothese, oder um eine Insinuation, oder endlich um eine Thatsache handelt, welche noch nicht in der präzisesten Art des Indikalivs ausgesprochen werden soll. Wie sich aber dies auch verhalten mag, eine direkte Einladung des Kaisers Franz Josef an König Humbert würde die Situation so gründlich ändern, daß auch die Gegner des Besuges nicht nur keine Einwendung dagegen erheben könnten, sondern denselben geradezu wünschen müßten. Denn ein auf Einladung des Kaisers von Oesterreich erfolgter Besuch des Königs von Italien wäre selbstverständlich nicht der Dufgang, den gewisse österreichische Zeitungen daraus zu machen suchten, noch könnte es sich dabei um Aufsehung irgend welcher Bedingungen handeln, welche König Humbert schon angenommen haben müßte, um einer guten Aufnahme am Wiener Hofe sicher zu sein. Wenn also eine Einladung an den König ergeht, muß vorausgesetzt werden, daß in Wien nicht bloß sein Besuch lebhaft gewünscht, sondern auch die jetzige Leitung der auswärtigen Politik Italiens als eine durchaus vertrauenswürdige und loyale

